

Antisemitismus bekämpfen – Demokratie stärken

Antrag Nr. 20-26 / A 04578 von der Fraktion Die Grünen – Rosa Liste, SPD / Volt-Fraktion, CSU mit FREIE WÄHLER, FDP BAYERNPARTEI Stadtratsfraktion, Fraktion ÖDP/München-Liste, Die Linke / Die PARTEI Stadtratsfraktion München vom 26.01.2024, eingegangen am 26.01.2024

Antrag Nr. 20-26 / A 04579 von der Fraktion Die Grünen – Rosa Liste, SPD / Volt-Fraktion, CSU mit FREIE WÄHLER, FDP BAYERNPARTEI Stadtratsfraktion, Fraktion ÖDP/München-Liste, Die Linke / Die PARTEI Stadtratsfraktion München vom 26.01.2024, eingegangen am 26.01.2024

Antrag Nr. 20-26 / A 04580 von der Fraktion Die Grünen – Rosa Liste, SPD / Volt-Fraktion, CSU mit FREIE WÄHLER, FDP BAYERNPARTEI Stadtratsfraktion, Fraktion ÖDP/München-Liste vom 26.01.2024, eingegangen am 26.01.2024

Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 13305

Beschluss des Verwaltungs- und Personalausschusses vom 25.09.2024 (VB)

Öffentliche Sitzung

Kurzübersicht

zum beiliegenden Beschluss

Anlass	Anträge Antisemitismus bekämpfen – Demokratie stärken I. Für mehr Präsenz jüdischen Lebens in der Öffentlichkeit (Nr. 20-26 / A 04578), Antisemitismus bekämpfen – Demokratie stärken II. Bildungsarbeit gegen Antisemitismus ausbauen (Nr. 20-26 / A 04579), Antisemitismus bekämpfen – Demokratie stärken III. Erinnerung der Opfer des antisemitischen Massakers vom 07. Oktober 2023 (Nr. 20-26 / A 04580)
Inhalt	Um der Tendenz eines zunehmenden Antisemitismus entschieden entgegenzuwirken, werden antisemitismuskritische Bildungsangebote (im Bereich Lehrerfortbildung, außerschulische Bildung, Erwachsenenbildung) ausgebaut. Zudem wird – durch geeignete Maßnahmen des Kulturreferats bzw. der Protokollabteilung im Direktorium, der Fachstelle für Demokratie und der Fachstelle für migrationsgesellschaftliche Diversität – die Sichtbarkeit des historischen Beitrags jüdischer Münchner*innen zur historischen Entwicklung der Stadt bzw. des gegenwärtigen jüdischen Lebens in München erhöht.

Gesamtkosten / Gesamterlöse	Die Kosten dieser Maßnahme betragen 50.000 € jährlich ab dem Haushaltsjahr 2025.
Klimaprüfung	Eine Klimaschutzrelevanz ist aufgrund der Tatsache, dass es sich bei der geplanten Illuminierung städtischer Fassaden um eine sowohl zeitlich als auch räumlich stark begrenzte Maßnahme handelt, nicht gegeben.
Entscheidungsvorschlag	<ul style="list-style-type: none"> - Ausbau antisemitismuskritischer Fortbildungsangebote für Lehrkräfte - Ausbau der antisemitismuskritischen Bildungsarbeit, der Empowermentarbeit mit jungen jüdischen Münchner*innen sowie der Begegnungsarbeit der Europäischen Janusz Korczak Akademie - Kenntnisnahme der bzw. Zustimmung zu den Ausführungen der Münchner Volkshochschule (MVHS) zur antisemitismuskritischen Bildungsarbeit - Ausrichtung einer jährlichen Kooperationsveranstaltung von MVHS und Fachstelle für Demokratie zu den Bildungs- und Aktionswochen gegen Antisemitismus - Ausrichtung einer Gedenkveranstaltung zum ersten Jahrestag des antisemitischen Massakers der HAMAS vom 7. Oktober 2023 - Kenntnisnahme der bzw. Zustimmung zu den Ausführungen des Kulturreferats zu den verschiedenen Projekten und Angeboten zur stärkeren Sichtbarmachung des Beitrags jüdischer Münchner*innen zur historischen Entwicklung Münchens - Zustimmung zu dem Kooperationsprojekt zum Erhalt und zur Dokumentation des alten jüdischen Friedhofs - Illuminierung städtischer Fassaden zu einem geeigneten jüdischen Feiertag als Zeichen der Sichtbarkeit jüdischen Lebens sowie gegen Antisemitismus
Gesucht werden kann im RIS auch unter	Antisemitismus, Fachstelle für Demokratie, Jüdisches Leben, Public History, Erinnerungskultur
Ortsangabe	- / -

Antisemitismus bekämpfen – Demokratie stärken

Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 13305

8 Anlagen

Beschluss des Verwaltungs- und Personalausschusses vom 25.09.2024 (VB)

Öffentliche Sitzung

I. Vortrag des Referenten

1. Anlass dieser Vorlage

Die Mitglieder der Fraktion Die Grünen – Rosa Liste, der SPD / Volt-Fraktion, der Fraktion CSU mit FREIE WÄHLER, der FDP BAYERNPARTEI Stadtratsfraktion, der Fraktion ÖDP/München-Liste sowie der Die Linke / Die PARTEI Stadtratsfraktion München haben am 26.01.2024 unter dem Titel „Antisemitismus bekämpfen – Demokratie stärken“ beantragt, dass die Münchner Stadtverwaltung ihre Bemühungen, jüdisches Leben in der breiten Öffentlichkeit sichtbar zu machen, weiter intensiviert, und dass die Bildungsarbeit gegen Antisemitismus ausgebaut wird. Darüber hinaus haben die Mitglieder der Fraktion Die Grünen – Rosa Liste, der SPD / Volt-Fraktion, der Fraktion CSU mit FREIE WÄHLER, der FDP BAYERNPARTEI Stadtratsfraktion sowie der Fraktion ÖDP/München-Liste beantragt, dass die Landeshauptstadt München zum ersten Jahrestag des antisemitischen Massakers der islamistischen Terrororganisation HAMAS vom 7. Oktober 2023 unter Mitbeziehung jüdischer Gemeinden, Verbände und Vereine eine Gedenkveranstaltung ausrichtet. Die Federführung für diese Anträge, die den Zuständigkeitsbereich verschiedener Referate – des Direktoriums, des Kulturreferats und des Referats für Bildung und Sport – betreffen, wurde der Fachstelle für Demokratie übertragen. Aufgrund zahlreicher inhaltlicher Schnittstellen mit dem Kulturreferat wird hiermit eine gemeinsame Beschlussvorlage von Fachstelle für Demokratie und Kulturreferat vorgelegt.

2. Aktueller Hintergrund

Seit dem antisemitischen Massaker der islamistischen Terrororganisation HAMAS vom 7. Oktober 2023, bei dem fast 1.200 Menschen ermordet, Tausende verletzt und über 240 als Geiseln verschleppt wurden – und zum Teil bis heute festgehalten werden – ist weltweit die größte Welle von Antisemitismus seit vielen Jahren zu beobachten. Sowohl Polizeistatistiken als auch die Zahlen der zivilgesellschaftlichen Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS Bayern) zeigen – auch in München – eine massive Zunahme

antisemitischer Vorfälle und Straftaten.¹ Diese Entwicklung schlägt sich beispielsweise auch an den Münchner Schulen nieder, wo sich die Zahl der antisemitischen Vorfälle im Jahr 2023 im Vergleich zum Vorjahr verdreifacht hat – wobei insbesondere ab dem 7. Oktober 2023 eine eklatante Zunahme zu verzeichnen war.² Dabei ist zudem bemerkenswert, dass israelbezogener Antisemitismus im Laufe der Zeit immer häufiger in offenen Judenhass umschlägt. Auch bei dem Anschlag auf das israelische Generalkonsulat und das NS-Dokumentationszentrum vom 5. September 2024 kann nach aktuellem Kenntnisstand ein antisemitischer Motivanteil nicht ausgeschlossen werden. Dies ist sowohl der Tatörtlichkeit als auch der Tatsache geschuldet, dass der Anschlag am Jahrestag des antisemitischen Olympiaattentats von 1972 in München begangen wurde.

Dass insbesondere israelbezogene Formen von Antisemitismus in breiten Teilen der Münchner Bevölkerung anschlussfähig sind, zeigen auch die Ergebnisse einer repräsentativen Befragung, die unter dem Titel „München Monitor“ vom Institut für Soziologie der Ludwig-Maximilians-Universität im Auftrag der Landeshauptstadt München durchgeführt wurde. In dieser Befragung stimmten beispielsweise 35 Prozent der befragten Münchner*innen der Aussage „Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat“ zumindest teilweise zu.³ Die Tatsache, dass in der Einstellungsforschung israelbezogene Formen von Antisemitismus stärker zum Vorschein kommen als klassische Formen, wird in der Antisemitismusforschung u.a. mit dem Phänomen der „Umwegkommunikation“ erklärt, „also damit, dass Antisemitismus in Deutschland nach 1945 weniger offen, sondern vielmehr über Anspielungen, Chiffren, Codes oder argumentative Umwege – wie zum Beispiel eine ausgeprägte Schuld- bzw. Erinnerungsabwehr bzgl. der Shoah oder die Bezugnahme auf Israel – geäußert wird.“ Antisemitische Einstellungen könnten zudem, so die Autoren des München-Monitors, „weniger spezifisch durch bestimmte soziodemografische Faktoren erklärt werden“, sondern sie seien vielmehr „Ausdruck eines zusammenhängenden Weltbilds“.⁴

Vor diesem Hintergrund ist es umso wichtiger, dass sich (Bildungs-)Maßnahmen gegen Antisemitismus nicht ausschließlich auf eine Alters- bzw. Bevölkerungsgruppe fokussieren, sondern die Münchner Stadtgesellschaft in ihrer gesamten Breite in den Blick nehmen.

Konkret soll dies durch die Umsetzung der folgenden Maßnahmen geschehen, die den 2022 vom Münchner Stadtrat beschlossenen „Aktionsplan gegen Antisemitismus“ ergänzen. Ziel der Maßnahmen ist gleichzeitig die Antisemitismusprävention, wie die verstärkte Sichtbarkeit der Vielfalt jüdischen Lebens als selbstverständlicher Bestandteil der Münchner Stadtgesellschaft.

3. Antisemitismus bekämpfen – Demokratie stärken

3.1 Für mehr Präsenz jüdischen Lebens in der Öffentlichkeit

Ziel und Anspruch einer demokratischen Stadtgesellschaft muss es sein, dass jüdisches Leben in München zugleich sicher und wahrnehmbar ist. Dies gilt sowohl für den historischen Beitrag jüdischer Münchner*innen zur Entwicklung dieser Stadt, als auch für das vielfältige gegenwärtige jüdische Leben in München.

Im oben genannten Antragspaket wird das Kulturreferat gebeten, ein Konzept zu erstellen, das den Beitrag jüdischer Münchner*innen zur historischen Entwicklung Münchens stärker

¹ https://report-antisemitism.de/documents/20240429_Rias_Bayern_Jahresbericht_2023.pdf

² Während im Jahr 2022 sechs antisemitische Vorfälle gemeldet wurden, lag die Zahl im Jahr 2023 bei 18. 14 der 18 Vorfälle wurden im Zeitraum Oktober bis Dezember 2023 gemeldet. Vgl. https://stadt.muenchen.de/dam/jcr:b6acb4d7-a74d-417f-b102-775611a20d75/2.MonitoringBericht%20der%20Anlaufstelle%20bei%20Diskriminierung%20und%20rechtem%20Hass%20an%20Muenchner%20Schulen_FgR.pdf

³ Werner Fröhlich (2024): München-Monitor. Zusatzauswertungen zum Antisemitismus

⁴ Ebd.

bekannt macht. Hierzu führt die zuständige Fachabteilung Public History Folgendes aus:

„Die Geschichte jüdischen Lebens in München ist Teil der Stadtgeschichte. Münchens Geschichte zu erzählen, bedeutet, auch die Geschichte der jüdischen Gemeinschaften zu erzählen. Während früher häufig von den jüdischen „Beiträgen“ oder der „Teilhabe“ von Jüdinnen und Juden an der Gesellschaft die Rede war, ist heute eine inklusivere Betrachtung üblich. Diese arbeitet auch die Innenperspektive jüdischer Münchner*innen als eigenständige historische Akteure heraus. Dadurch rücken die jüdischen Kerninstitutionen genauso in den Mittelpunkt, wie kollektive Bewusstseinslagen unterschiedlicher Gruppen des Judentums unserer Stadt. Hier sollte die historische Vielfalt angemessen berücksichtigt werden. Neben gelebter jüdischer Kultur und Tradition kommen daher auch jüdische Neuaufbrüche in Betracht, wenn es um die Auseinandersetzung mit jüdischer Identität geht – innerjüdisch und in Wechselwirkung mit der nicht-jüdischen Umgebung.

Selbstverständlich gestalteten Frauen und Männer jüdischer Herkunft das Stadtleben mit: Als Künstler*innen, Schriftsteller*innen, Unternehmer*innen und Inhaber*innen kleinerer Geschäfte und Handwerksbetriebe, als Wissenschaftler*innen, Kinder oder Sportfunktionäre. Ihren Beitrag zum Kultur- und Wirtschaftsleben Münchens zu ignorieren, hieße, einen Teil der Münchner Stadtgeschichte auszublenden. Statt eines Denkmals für verdiente Einzelpersonen – die es zweifellos gibt – möchte Public History im Kulturreferat einen für Münchens jüdische Geschichte herausragenden Ort ins öffentliche Bewusstsein bringen, der mehr als 3500 Lebensgeschichten versammelt: der alte jüdische Friedhof an der Thalkirchner Straße. Das Konzept zur Erschließung dieses steinernen Gedenkbuchs im digitalen Raum wird unten erläutert.

Im Sinne der oben dargestellten Leitlinie ist es essenziell, der Tendenz entgegenzuwirken, dass jüdische Geschichte stets zuerst mit den Leiden antisemitischer und rassistischer Verfolgung assoziiert wird. In München erhält die Verfolgungsgeschichte während der NS-Diktatur zu Recht viel Aufmerksamkeit. Angesichts ihrer Vergangenheit als „Hauptstadt des Antisemitismus“ (Michael Brenner), „Hauptstadt der Bewegung“ und „Hauptstadt der Verdrängung“ (Winfried Nerdinger) nimmt die Stadt die sich daraus ergebende erinnerungskulturelle Verantwortung sehr ernst. Der Schatten des Holocaust lässt sich nicht ignorieren. Eine Schiefelage besteht allerdings, wenn sich in der Wahrnehmung breiter Teile der Öffentlichkeit die Geschichte der jüdischen Münchner*innen allein auf die antisemitische Verfolgungsgeschichte reduziert. Diese Geschichte muss erzählt werden, gerade in München. Gleichzeitig muss dabei jedoch berücksichtigt werden, dass die Verfolgungsgeschichte eine den (Münchner) Jüdinnen und Juden aufgezwungene Geschichte ist. Jüdische Geschichte zu erzählen, bedeutet, insbesondere auch jüdische Eigenerzählungen stärker in den Blick zu nehmen – und dadurch Jüdinnen und Juden als selbstbestimmte Akteur*innen zu betrachten sowie, soweit möglich, deren Innensicht zu berücksichtigen. Die Wahrnehmung der jüdischen Eigenerzählungen in der Öffentlichkeit sollte gestärkt werden.

Mehrere Einrichtungen des Kulturreferats beschäftigen sich insbesondere mit den Auswirkungen der NS-Verfolgung und bringen diese in die Öffentlichkeit.

Die Koordinierungsstelle Erinnerungszeichen (Abteilung 4 – Public History) hat bisher fast 200 Stelen und Tafeln allein für jüdische Verfolgte der NS-Diktatur im öffentlichen Stadtraum gesetzt. Diese Erinnerungszeichen machen Passant*innen auf Personen an früheren Wohnorten oder Wirkungsstätten aufmerksam, deren Biografien auf der Projekt-Webseite gelesen werden können. Weitere Anträge befinden sich in der Bearbeitung und sollen in den kommenden Jahren realisiert werden.

Public History München, das Münchner Stadtmuseum und das Jüdische Museum München erreichen über die Erinnerungszeichen und über digitale Angebote, wie das Biografische Gedenkbuch der Münchner Juden 1933–1945 und online-Ausstellungen, Nachkommen ehemaliger jüdischer Münchner*innen in aller Welt und pflegen diese Kontakte. Dadurch können diese eine emotionale Verbindung zu München aufbauen und die

Münchner Erinnerungskultur mitgestalten.

Das NS-Dokumentationszentrum vermittelt in seiner Dauerausstellung und Bildungs- und Veranstaltungsprogrammen wesentliche Aspekte der Ausgrenzung, Vertreibung und Ermordung jüdischer Kinder, Frauen und Männer. Die App „Orte erinnern“ verbindet diese mit dem Stadtraum. Derzeit entsteht eine Graphic Novel zur Lebensgeschichte des Münchner Ehrenbürgers Ernst Grube, der als Kind nach Theresienstadt deportiert wurde.

Eine individuelle Innenperspektive betroffener Familien zeigt das Jüdische Museum München 2025 mit der Ausstellung "Dritte Generation. Der Holocaust im familiären Gedächtnis." Münchner jüdische Geschichte der Nachkriegszeit ab 1945 wurde 2023 in der Ausstellung „Munich Displaced“ beleuchtet. 2025 veröffentlicht das Jüdische Museum München die Recherchen zu den Bayerischen Synagogeninventaren des Kunsthistorikers Theodor Harburger in einer Datenbank. Viele Informationen über jüdische Kunst- und Kulturgeschichte in Bayern und ganz besonders in München vor 1938 stehen dann für Wissenschaft und alle Interessierten zur Verfügung.

Die Villa Waldberta zeigt im Frühjahr 2025 die Ausstellung zur DP-Geschichte „17 Dinge aus Feldafing“.

Das Volkstheater veranstaltet wiederkehrend den „Tag der Quellen“, an dem Schüler*innen Münchner Schulen auf der Bühne Texte lesen, die jüdische Kinder und Jugendliche während der NS-Diktatur über ihre traumatischen Erlebnisse schrieben.

Die Städtische Galerie im Lenbachhaus thematisiert ab dem 15.10.2024 in der Ausstellung „Aber hier leben? Nein danke. Surrealismus + Antifaschismus“ den künstlerischen wie politischen Kampf gegen jede Form des Faschismus und stellt dabei das Wirken der Surrealist*innen vor. Zu diesen gehörten auch viele in der NS-Zeit verfolgte jüdische Künstler*innen.

Die neue Dauerausstellung der Monacensia, „Maria Theresia 23. Biografie einer Villa“ (Eröffnung 27.10.2024), widmet sich u.a. der jüdischen Hausgeschichte. Die Bogenhausener Nachbarschaft wird durch partizipative Vermittlungsformate einbezogen. Die Monacensia widmet sich insbesondere der digitalen und innovativen Vermittlungsarbeit und setzt dabei auf überregional wirksame OpenGLAM- und OpenKnowledge-Ansätze, die die Themen der Dauerausstellung in den öffentlichen und digitalen Raum tragen. Die Monacensia setzt sich zudem im Rahmen des Forschungs- und Vermittlungsprojekts "Archiv Salamander" für die Präsenz jüdischen Lebens und jüdischer Geschichte in München in der analogen und digitalen Öffentlichkeit ein.

Die Städtische Galerie im Lenbachhaus und das Münchner Stadtmuseum befassen sich im Rahmen umfassender Provenienzrecherchen mit den Auswirkungen der systematischen Beraubung jüdischer Sammler*innen und Kunstliebhaber*innen; die Münchner Kammerspiele rekonstruieren und publizieren die Behandlung nicht mehr erwünschter Mitarbeiter*innen während der NS-Diktatur.

Public History plant von Januar bis Mai 2025 ein stadtweites Programm zur Nachkriegszeit in München unter dem Titel „Stunde Null? Wie wir wurden, was wir sind.“ Im Mittelpunkt stehen Fragen, die auch heute von Bedeutung sind: In welchem Verhältnis stehen Demokratie, Einwanderung, Migration und Erinnerung? Wie kann eine demokratisch verfasste Gesellschaft an Substanz und Stärke gewinnen? Durch die von der Diktatur der Nationalsozialisten und ihrem Raubkrieg ausgelösten globalen Verheerungen wurde aus München 1945 in kürzester Zeit eine Stadt in großer Bewegung: Hier bildete sich eine Ankunfts-gesellschaft für Überlebende, Geflüchtete und Vertriebene. Einige Beiträge der Programmreihe widmen sich gezielt historischen wie aktuellen jüdischen Themen.

Angebote im öffentlichen Raum bestehen bereits in Erinnerungsorten sowie in kuratierten Rundgängen und Vermittlungsangeboten der genannten Einrichtungen. 2002 hat der Stadtrat die Reihe der KulturGeschichtspfade als Format der Geschichtsvermittlung vor Ort ins Leben gerufen. Die Broschüren machen mit Rundgängen historisch bedeutsame

Orte, Ereignisse und Wirkungsstätten einzelner Münchner*innen sichtbar. Hier wird individuell auch an jüdische Bürger*innen erinnert. Zudem publizierte das NS-Dokumentationszentrum die ThemenGeschichtspfade "München im Nationalsozialismus" und "Orte des Erinnerns und Gedenkens" zur Geschichte des Nationalsozialismus in München.

Im ganzen Stadtgebiet erinnern einige Straßennamen an bedeutende jüdische Münchner*innen, das jüngste Beispiel ist der Lion-Feuchtwanger-Platz im Lehel. 2024 bieten Münchner Institutionen, koordiniert von Public History, ein reiches Veranstaltungsprogramm zum Werk dieses berühmten Schriftstellers an.

Mit der Wiederherstellung der Synagoge in der Reichenbachstraße entsteht gerade ein weiterer zentraler Erinnerungsort jüdischer Kultur, der auch das Gedenken der Opfer des Anschlags auf das jüdische Gemeindezentrum 1970 einbezieht.

Generell wird der öffentliche Raum zunehmend für künstlerische Interventionen, Plakatausstellungen und Darbietungen genutzt, die Münchner Orte mit historischen Ereignissen verbinden und so neue Zielgruppen ansprechen.

Dieser Überblick zeigt schon, dass die Angebote des Kulturreferats zur Auseinandersetzung mit der NS-Zeit und deren Auswirkungen bis in die Gegenwart vielfältig sind und auch künftig im Kulturreferat mit großem Engagement weiterverfolgt werden. Die jüdische Geschichte und Kultur des 19. Jahrhunderts sollte künftig deutlicher sichtbar gemacht werden. Mit der Herausgeberschaft des Hefts „Hebraica und München“ der Münchner Beiträge zur jüdischen Geschichte und Kultur leistete Public History München dazu 2023 bereits einen fachwissenschaftlichen Beitrag.

Ein sehr zentrales Projekt des Kulturreferats zur besseren Sichtbarkeit jüdischen Lebens in historischer Perspektive ist die Dokumentation und personengeschichtliche Erschließung der Grabsteine des alten jüdischen Friedhofs an der Thalkirchner Straße 2023/2024. In Kooperation mit dem Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege und in enger Abstimmung mit der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern soll die digitale Dokumentation des Friedhofs weiter vorangetrieben werden.

Dieser Ort erinnert noch heute an rund 4000 Menschen, die die jüdische Gemeinschaft unserer Stadt im 19. Jahrhundert ausmachten. Da jüdische Gräber nicht aufgehoben werden, ist der Friedhof eine einzigartige historische Quelle. Die Grabsteininschriften sind wie Kurzprotokolle der Lebensgeschichten jüdischer Münchner*innen aus allen sozialen Schichten – vom königlichen Hoflieferanten zum Lotterielosverkäufer. Sie spiegeln Ereignisse der Stadtgeschichte wie die Choleraepidemie und geben Auskunft über Selbstverständnis und Fremdwahrnehmung einer Person. Mit den persönlichen Angaben zu den Verstorbenen, zu ihren familiären Verbindungen und ihren beruflichen oder gesellschaftlichen Funktionen liefern die Steine wichtige Informationen für ortshistorische Fragestellungen. Einige Grabdenkmäler sind außerdem Unikate von hohem künstlerischem Wert. Münchens alter jüdischer Friedhof ist ein eingetragenes Baudenkmal. Jüdische Friedhöfe bewahren als „Haus für die Ewigkeit“ (Bet Olam) ein einmaliges Kulturerbe.

Bevor die Gräber wichtiger jüdischer Persönlichkeiten, die München im 19. Jh. mitgestaltet haben – z.B. Magdalena Marx, Rabbiner Hirsch Aub, Kantor Emanuel Kirschner und Abraham Merzbacher – als individuelle Gedenkorte witterungsbedingt verfallen, sollen sie fotografisch dokumentiert werden. Die Fotos, die nach den Qualitätskriterien des Bayerischen Landesamts für Denkmalpflege (BLfD) angefertigt werden – bei Bedarf nach vorheriger schonender Reinigung – sind Voraussetzung für alle weiteren Schritte, wie digitale Sicherung in der Datenbank bet-olam-bayern.de, interdisziplinäre Auswertung und Veröffentlichung.

Nachkommen der jüdischen Bürger*innen Münchens in aller Welt interessieren sich für ihre europäischen Vorfahren, wie die zahlreichen Anfragen an das Stadtarchiv und Public History München zeigen. Auf dem Friedhof an der Thalkirchner Straße finden wir die Eltern- und Großelterngenerationen der Personen, an die das Biografische Gedenkbuch der

Münchner Juden 1933–1945 erinnert. Diese Datenbank gewinnt durch das Erfassen der rund 4000 Personen aus dem 19. Jh. eine beachtliche historische Tiefe.

Das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege (BLfD) hat im Jahr 2023 den alten jüdischen Friedhof München kartiert und 2024 zusammen mit Public History München eine aufwändige Bestandsaufnahme als Kalkulationsgrundlage durchgeführt.

Auf Bundes- und Landesebene wurden in jüngster Zeit besondere Anstrengungen zur Dokumentation jüdischer Friedhöfe unternommen. Das BLfD hat 2020 im Projekt „Erfassung jüdischer Grabmäler in Bayern“ mit der Dokumentierung sämtlicher jüdischer Friedhöfe Bayerns begonnen. Forschende aus Nordrhein-Westfalen und Bayern dokumentieren im Rahmen des Großprojektes „Steinerne Zeugen digital – Deutsch-jüdische Sepulkralkultur zwischen Mittelalter und Moderne – Raum, Form, Inschrift“ ausgewählte jüdische Friedhöfe Deutschlands digital.

Das Projekt trifft den Kern des interfraktioneller Stadtratsantrags "Antisemitismus bekämpfen – Demokratie stärken I. Für mehr Präsenz jüdischen Lebens in der Öffentlichkeit", der sich für eine Erhöhung der Sichtbarkeit des Beitrags jüdischer Münchner*innen zur Stadtentwicklung ausspricht. Die Landeshauptstadt München, Sitz der größten jüdischen Gemeinde Bayerns, kann künftig ergänzend zum online-Gedenkbuch mit biografischen Daten zu Einzelschicksalen während der NS-Zeit auch ein wichtiges Rechercheinstrument zum Leben der jüdischen Gemeinschaft im 19. Jahrhundert anbieten.

Für die fotografische Dokumentation und kunsthistorische Erschließung hat das Kulturreferat im Eckdatenbeschluss für 2025 Mittel in Höhe von 50.000 € beantragt. In weiteren Projektphasen zur Übersetzung der hebräischen Inschriften, personengeschichtlichen Erschließung und der Vermittlungsarbeit werden in den kommenden Jahren mit den genannten Kooperationspartnern Konzepte entwickelt. Hierzu soll der Stadtrat gesondert befasst werden.

Besonders hervorzuheben ist an dieser Stelle die aufwändige Erschließung des Funds von umfangreichem Abrissgut der ehemaligen Hauptsynagoge im Juli 2023. Dieses Projekt unter Federführung des Jüdischen Museums München wird im Kulturreferat in den kommenden Jahren einen zentralen Beitrag zur Stärkung der Sichtbarkeit jüdischer Geschichte unserer Stadt leisten. Eine detaillierte Befassung dazu ist im Kulturausschuss im Herbst 2024 vorgesehen.“

Zudem sieht das Antragspaket vor, auch gegenwärtiges jüdisches Leben in München sichtbar zu machen. Hierzu nimmt die zuständige Protokollabteilung im Direktorium wie folgt Stellung:

„Die selbstverständliche Vielfalt der Münchner Stadtbevölkerung soll künftig unter anderem auch durch sichtbare Zeichen zu einem geeigneten jüdischen Feiertag (z.B. zu Chanukka) im Stadtzentrum zum Ausdruck kommen. Konkret ist eine Illuminierung städtischer Fassaden mit entsprechenden Hinweisen bzw. Feiertagswünschen geplant. Um die religiös-weltanschauliche Neutralität zu wahren, wird die Landeshauptstadt München nicht selbst Veranstalterin religiöser Feste. Mit dem geplanten Format bringt sie jedoch – gerade in einer Zeit des zunehmenden Antisemitismus – ihre Verbundenheit und Solidarität mit den jüdischen Münchner*innen sehr deutlich zum Ausdruck. Zeichen im öffentlichen Raum haben im Vergleich zu punktuellen Veranstaltungen darüber hinaus den Vorteil, dass sie sich nicht nur an einen begrenzten Teilnehmer*innenkreis, sondern an die gesamte Stadtgesellschaft wenden – und dadurch wortwörtlich eine größere Strahlkraft besitzen.“

Die konkrete Ausgestaltung der Illuminierung, insbesondere die Auswahl eines geeigneten Feiertags, den Zeitraum und den genauen Inhalt der Illuminierung, stimmt die Protokollabteilung mit der Fachstelle für Demokratie und der Fachstelle für migrationsgesellschaftliche Diversität – unter Einbeziehung jüdischer Perspektiven – ab.

3.2 Ausbau der Bildungsarbeit gegen Antisemitismus

Der Bildungs- und Aufklärungsarbeit kommt im Kampf gegen Antisemitismus eine zentrale Rolle zu. Entsprechende Bildungsangebote dürfen sich jedoch nicht allein auf den schulischen Bereich beschränken – so wichtig dieser ist. Auch die außerschulische Bildungsarbeit sowie die Erwachsenenbildung sollen hier künftig noch stärker in den Blick genommen werden.

3.2.1 Fortbildungsmaßnahmen für Lehrkräfte

Bereits jetzt bietet das Pädagogische Institut – Zentrum für Kommunales Bildungsmanagement (PI-ZKB) zahlreiche Fortbildungsangebote für Lehrkräfte an, die sich im- und explizit mit dem Thema Antisemitismus auseinandersetzen. Eine entsprechende Zusammenstellung findet sich in Anlage 1. Die spezifischen Fortbildungsangebote des PI-ZKB zum Thema Antisemitismus werden künftig weiter nachfrage- und bedarfsgerecht ausgebaut. Dabei finden u.a. eine Zusammenarbeit mit dem Kompetenzzentrum für Prävention und Empowerment der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (ZWST) sowie eine fachliche Abstimmung und ein Bedarfsabgleich mit der Fachstelle für Demokratie statt. Das PI-ZKB stellt zudem – in Abstimmung mit der Fachstelle für Demokratie – sicher, dass Lehrkräften an Münchner Schulen im Bedarfsfall auch Ad-Hoc-Fortbildungsangebote, d.h. Angebote, die anlassbezogen und möglichst kurzfristig zu realisieren sind, bereitstehen.

3.2.2 Außerschulische Bildungs- und Jugendarbeit

Antisemitismuskritische Bildungsformate gehören bereits jetzt zum Angebot der Europäischen Janusz Korczak Akademie (EJKA). Um die wichtige Arbeit, die zum Teil auf befristeten Projekt- bzw. Stiftungsmitteln basiert, abzusichern und zu verstetigen, wird die Förderung der EJKA ausgebaut. Hierfür werden 50.000 Euro jährlich zur Verfügung gestellt. Dieser Ausbau ist speziell an den Förderzweck der antisemitismuskritischen Bildungsarbeit, der Empowermentarbeit mit jungen jüdischen Münchner*innen sowie der Begegnungsarbeit geknüpft. Die Mittel sind in erster Linie für die dauerhafte Einrichtung einer halben, in Anlehnung an E 11 TVöD eingruppierten Stelle zu verwenden. Die Steuerung hierfür liegt bei der Fachstelle für Demokratie. Sofern hierbei Überschneidungen zum Zuständigkeitsbereich der Fachstelle für migrationsgesellschaftliche Diversität (z.B. in der Begegnungs- bzw. Empowermentarbeit mit Bezug zum Themenfeld religiös-weltanschauliche Vielfalt) auftreten, wird diese eingebunden.

3.2.3 Erwachsenenbildung

Eine ausführliche Darstellung der bisherigen Projekte und Angebote der Münchner Volkshochschule (MVHS) findet sich in den Anlagen 2 und 3. Zu den weiteren Planungen nimmt die MVHS wie folgt Stellung:

„Die MVHS wird ihr programmatisches Vorgehen einer breiten Verankerung der einzelnen Elemente antisemitismuskritischer Bildungsarbeit innerhalb des MVHS-Regelangebotes – sei es im Bereich der politischen Bildungsarbeit, der Integrationskurse oder der nachholenden Schulabschlüsse – aufrechterhalten und weiter ausbauen. Ergänzt wird diese um die Einführung eines systematischen Fortbildungsangebotes zum Themenfeld Antisemitismus für Mitarbeitende in Kooperation mit dem Kulturreferat und der Fachstelle für Demokratie sowie für Dozierende und Lehrkräfte insbesondere der Orientierungskurse in Kooperation mit der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus. Der institutionellen

Selbstaufklärung dient ein kürzlich begonnenes Forschungsprojekt zur MVHS-Geschichte von 1896 bis 1949 an der Universität Augsburg unter Leitung von Prof. Dr. Elisabeth Meilhammer.“

Darüber hinaus werden die MVHS und die Fachstelle für Demokratie künftig im Rahmen der Bildungs- und Aktionswochen gegen Antisemitismus (9. Oktober bis 9. November) jährlich einen gemeinsamen Akzent in Form einer Kooperationsveranstaltung setzen.

4. Darstellung der Kosten und der Finanzierung

4.1 Zahlungswirksame Kosten im Bereich der laufenden Verwaltungstätigkeit

Für den Ausbau der Förderung der Europäischen Janusz Korczak Akademie fallen ab dem Jahr 2025 jährlich zahlungswirksame Kosten in Höhe von 50.000 Euro an.

	Dauerhaft ab 2025	Einmalig	Befristet
Summe zahlungswirksame Kosten	50.000,00 €		
davon:			
Transferauszahlungen	50.000,00 €		

4.2 Finanzierung

Die Finanzierung kann weder durch Einsparungen noch aus dem eigenen Referatsbudget erfolgen.

Unplanbarkeit:

Eine Anmeldung der erforderlichen Mittel zum Nachtragshaushalt 2024 (wie im Antrags-text vorgesehen) bzw. zum Eckdatenbeschluss 2025 war innerhalb der hierfür von der Stadtkämmerei gesetzten Fristen nicht möglich, da verwaltungsseitig noch Abstimmungsprozesse zur Finanzsteuerung des Zuschusses abgeschlossen werden mussten und die Bearbeitung der drei Stadtratsanträge eine gewisse Zeit in Anspruch nahm.

Unabweisbarkeit:

Der Stadtrat hat – vor dem Hintergrund der massiven Zunahme antisemitischer Tendenzen und Vorfälle seit dem antisemitischen Massaker der HAMAS – fraktionsübergreifend seinen Willen zum Ausdruck gebracht, die antisemitismuskritische Bildungsarbeit, die Empowermentarbeit mit jungen jüdischen Münchner*innen sowie die Begegnungsarbeit der EJKA zu stärken. Angesichts der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen ist ein entsprechender Zuschuss dringend erforderlich.

Die beschriebenen Maßnahmen sind daher in diesem Sinn schnellstmöglich umzusetzen. Dies bedingt, die hierfür notwendigen Finanzmittel außerhalb des üblichen Verfahrens zur Aufstellung des städtischen Haushalts in Form dieses gesonderten Finanzierungsbeschlusses bereitzustellen.

5. Einbindung des Referats für Bildung und Sport, der Stadtkämmerei sowie der Fachstelle für migrationsgesellschaftliche Diversität

Diese Beschlussvorlage wurde vom Referat für Bildung und Sport, von der Stadtkämmerei und der Fachstelle für migrationsgesellschaftliche Diversität mitgezeichnet. Eine Stellungnahme der Stadtkämmerei ist dieser Sitzungsvorlage in der Anlage beigelegt.

6. Anhörung des Bezirksausschusses

In dieser Beratungsangelegenheit ist die Anhörung des Bezirksausschusses nicht vorgesehen (vgl. Anlage 1 der BA-Satzung).

II. Antrag des Referenten

1. Die spezifischen Fortbildungsangebote des Pädagogische Instituts – Zentrums für Kommunales Bildungsmanagement zum Thema Antisemitismus werden künftig weiter nachfrage- und bedarfsgerecht ausgebaut. Dabei finden u.a. eine Zusammenarbeit mit dem Kompetenzzentrum für Prävention und Empowerment der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (ZWST) sowie eine fachliche Abstimmung und ein Bedarfsabgleich mit der Fachstelle für Demokratie statt.
2. Verbunden mit dem Förderzweck der antisemitismuskritischen Bildungsarbeit, der Empowermentarbeit mit jungen jüdischen Münchner*innen sowie der Begegnungsarbeit, erhält die Europäische Janusz Korczak Akademie ab dem Haushaltsjahr 2025 jährlich einen Zuschuss in Höhe von 50.000 Euro. Die Steuerung wird der Fachstelle für Demokratie übertragen.

Die dauerhaft erforderlichen Haushaltsmittel für die Jahre 2025 ff. in Höhe von 50.000 Euro werden vom Direktorium mit Wirkung ab dem Haushaltsjahr 2025 zur Anmeldung gebracht. Das zahlungswirksame Produktkostenbudget des Produkts P31111100 Gemeindeorgane erhöht sich entsprechend.

3. Die Ausführungen der Münchner Volkshochschule zur antisemitismuskritischen Bildungsarbeit werden zur Kenntnis genommen und den Ausführungen wird zugestimmt.
4. Die Münchner Volkshochschule und die Fachstelle für Demokratie setzen künftig im Rahmen der Bildungs- und Aktionswochen gegen Antisemitismus jährlich einen gemeinsamen Akzent in Form einer entsprechenden Kooperationsveranstaltung.
5. Die Landeshauptstadt München richtet – gemeinsam mit der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern – eine Gedenkveranstaltung zum ersten Jahrestag des antisemitischen Massakers der HAMAS vom 7. Oktober 2023 aus. Die Federführung für die Umsetzung liegt bei der Protokollabteilung im Direktorium.
6. Die Ausführungen zu den verschiedenen Projekten und Angeboten des Kulturreferats zur stärkeren Sichtbarmachung des Beitrags jüdischer Münchner*innen zur historischen Entwicklung Münchens werden zur Kenntnis genommen und den Ausführungen wird zugestimmt.
7. Von dem Kooperationsprojekt zu Erhalt und Dokumentation des alten jüdischen Friedhofs wird Kenntnis genommen und dessen Realisierung zugestimmt. Das Kulturreferat wird beauftragt, den Stadtrat zum Fortgang des Projekts wieder zu befassen und die erforderlichen Mittel zu beantragen.

8. Die Landeshauptstadt München setzt künftig jährlich durch die Illuminierung städtischer Fassaden zu einem geeigneten jüdischen Feiertag (z.B. Chanukka) ein Zeichen der Sichtbarkeit jüdischen Lebens sowie gegen Antisemitismus. Die konkrete Umsetzung wird zwischen der Protokollabteilung im Direktorium, der Fachstelle für Demokratie und der Fachstelle für migrationsgesellschaftliche Diversität abgestimmt.
9. Die Anträge Nr. 20-26 / A 04578, Nr. 20-26 / A 04579 und Nr. 20-26 / A 04578 sind damit geschäftsordnungsgemäß behandelt und erledigt.
10. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

III. Beschluss

nach Antrag.

Die endgültige Beschlussfassung über den Beratungsgegenstand obliegt der Vollversammlung des Stadtrates.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der / Die Vorsitzende

Der Referent

Ober-/Bürgermeister/-in
ea. Stadtrat / ea. Stadträtin

Dieter Reiter
Referent

IV. Abdruck von I. mit III.

über Stadtratsprotokolle (D-II/V-SP)

an das Direktorium – Dokumentationsstelle

an das Revisionsamt

an das Kulturreferat

an das Referat für Bildung und Sport

an die Stadtkämmerei

an die Fachstelle für migrationsgesellschaftliche Diversität

z.K.

V. Wv. Direktorium-FgR

1. Die Übereinstimmung des vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.

z.K.

Am.....